

## **Nichtregierungsorganisationen lehnen neue EU-Politiken zur Migrationseindämmung vehement ab Gemeinsame Erklärung im Vorfeld des Europäischen Rats am 28. und 29. Juni 2016**

Bei der bevorstehenden Sitzung des Europäischen Rates werden die Verantwortlichen der Europäischen Union (EU) über den **Vorschlag der Europäischen Kommission für einen neuen Partnerschaftsrahmen mit Drittländern** beraten. Der Vorschlag beinhaltet einen Ansatz, bei dem bestehende externe Kooperationsinstrumente der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zur Begrenzung von Migration nach Europa eingesetzt werden sollen. Die hier unterzeichnenden 109 Organisationen haben schwere Bedenken gegen die aktuelle Ausrichtung der EU-Beziehungen mit Drittstaaten auf Abschreckung und Abschiebung. Generell droht der neue Partnerschaftsrahmen den Schwenk der EU-Außenpolitik hin zur Verhinderung von Migration zu verfestigen – mit der Folge, dass Europas Glaubwürdigkeit und Einfluss bei der Verteidigung grundlegender Werte und Menschenrechte erheblich leiden würde.

Der Kommissionsvorschlag ist stark an das jüngste EU-Türkei-Abkommen angelehnt, das als erfolgreiches Kooperationsmodell angepriesen worden ist, tatsächlich aber dazu geführt hat, dass tausende Menschen in Griechenland unter menschenunwürdigen und entwürdigenden Bedingungen festsitzen. Am schlimmsten betroffen sind dabei Kinder – hunderte unbegleitete Minderjährige werden derzeit auf griechischen Inseln in haftähnlichen Einrichtungen festgehalten oder müssen auf dem Festland in Arrestzellen nächtigen. **Die Auswirkungen dieses Zustands dürfen nicht unterschätzt werden, denn es ist völlig unglaubwürdig, wenn Europa Partnerstaaten auffordert, ihre Türen für immer mehr Flüchtlinge offen zu halten und deren Weiterreise zu unterbinden und sich gleichzeitig EU-Mitgliedsstaaten weigern, einen gerechten Teil der kollektiven Verantwortung zum Schutz von Flüchtlingen zu übernehmen.** Das Recht auf Asyl wird dadurch erheblich untergraben und für Zivilpersonen in Kampf- und Kriegsgebieten wird es immer schwieriger, internationalen Schutz zu erhalten.

Der Kommissionsvorschlag ignoriert sämtliche Belege der Unwirksamkeit von Abschreckungsmaßnahmen gegen Migration. **Dieser Ansatz ist nicht nur untauglich, das „Geschäftsmodell“ von Menschenschleusern unwirksam zu machen, sondern wird im Gegenteil menschliches Leid erhöhen, da viele Menschen gezwungen sein werden, noch gefährlichere Fluchtwege zu nehmen. Außerdem sind trotz dem in dem Vorschlag enthaltenen Bekenntnisses zur Nichtzurückweisung (Non-Refoulement) keinerlei Vorkehrungen geplant, um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeitsprinzipien und Schutzmechanismen zu garantieren.** Pflichten und Verantwortlichkeit zur Wahrung der Menschenrechte endet nicht an Europas Grenzen.

**Wir sind darüber enttäuscht, dass einmal mehr die Schwerpunktsetzung auf Abschreckung die Eröffnung von sicheren und regulären Zugangswegen für schutzbedürftige und für andere Migranten nach Europa in den Hintergrund rückt,** etwa durch Umsiedlungs- und humanitäre Aufnahmeprogramme, Familienzusammenführung, Ausbildungsvisa, Arbeitsmigration und Visumsliberalisierungen. Umsiedlung, Arbeitsmigration und Visumsliberalisierung sind lediglich im Sinne von möglichen Gegenleistungen für Partnerländer genannt.

Eine weitere zentrale Kritik betrifft die Finanzierung des vorgeschlagenen Partnerschaftsrahmens, da sie eine grundlegende Neuorientierung der europäischen Entwicklungspolitik in Richtung Verhinderung von Migration bedeuten würde. Dies ist ein inakzeptabler Widerspruch zu der im

Vertrag von Lissabon enthaltenen Verpflichtung, Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf Armutsbekämpfung auszurichten. **Entwicklungshilfe muss notleidenden Menschen dienen und darf nicht als Instrument zur Migrationskontrolle eingesetzt werden. die EU-Entwicklungsfinanzierung sollte transparent sein und fest verankerten Prinzipien wie den Busan-Prinzipien zur Wirksamkeit der EZ und den Pariser Prinzipien zur Ausrichtung auf EZ-Strategien der Partnerländer und deren Identifikation mit den betreffenden Maßnahmen.** Dazu kommt, dass der Abschluss von Abkommen zum „Migrationsmanagement“ mit Ländern, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorkommen, langfristig kontraproduktiv sind, indem sie weltweit Menschenrechte untergraben und Misshandlungen und Unterdrückung verfestigen, die zahlreiche Menschen zur Flucht zwingen.

Migration hat viele Ursachen. Viele Menschen machen sich auf der Suche nach neuen Existenzgrundlagen, Ausbildung oder Familienzusammenführung auf den Weg. Darüber hinaus können Gewalt und bewaffnete Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel, Armut und Arbeitslosigkeit zu Migration und Zwangsvertreibungen führen. **Alle Ansätze zur Gestaltung von Migration müssen diese komplexe und vielschichtige Realität berücksichtigen sowie evidenzbasiert und bedarfsorientiert sein. Sie müssen darüber hinaus den Nutzen von Migration maximieren und deren Risiken minimieren sowie deren Gefahren verringern.**

**Wenn die EU zu mehr weltweiter Solidarität aufrufen möchte, muss sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen.** Die EU, einst auf den Trümmern eines verheerenden Krieges aufgebaut, befindet sich auf einem bedenklichen Kurs, der sie weg von ihren ursprünglichen Werten führt. Wir rufen die Verantwortlichen in der EU und ihren Mitgliedsstaaten dazu auf, sich für ein rechtsbasiertes System zum Umgang mit Migration zu entscheiden. Dieses muss auf einer langfristigen strategischen Vision gegründet sein und darf nicht einer ebenso unerfüllbaren wie unmenschlichen Abschreckungslogik folgen – andernfalls wird die EU ihre Gründungsprinzipien verraten.

**Als Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Medizin, Migration und Entwicklungszusammenarbeit sowie als wichtige Durchführungspartner von Entwicklungszusammenarbeit in Drittländern, fordern wir die europäischen Staats- und Regierungschefs auf:**

1. den aktuellen Kommissionsvorschlag zu verwerfen und eine nachhaltige, langfristige und auf Tatsachen basierte Strategie für die Gestaltung Migration zu entwickeln und dabei die Zivilgesellschaft und fachliche Experten einzubeziehen;
2. sichere Mobilität zu unterstützen, indem für schutzbedürftige Personen und andere Migranten sichere und reguläre Zugangswege nach Europa eröffnet und weiter ausgebaut werden – wie z.B. Umsiedlungs- und humanitäre Aufnahmeprogramme, humanitäre Visa, Familienzusammenführung, Arbeitsmigration für unterschiedlich Qualifizierte und Studentenvisa. Die Mitgliedsstaaten müssen sich dabei zu klaren Richtwerten und angemessenen Zeitfristen zur Umsetzung eines Rahmenplans für Migration bekennen, der ebenso den Bedürfnissen von Migrant/innen, Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie deren Familien, als auch den Bedarfen und Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten gerecht wird;
3. Entwicklungszusammenarbeit mit keinerlei Konditionalität zu verbinden, die auf Indikatoren zur Migrationskontrolle basiert. Entwicklungszusammenarbeit ist ein Instrument zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, nicht zum Migrationsmanagement. Vulnerable Bevölkerungsgruppen dürfen nicht unter vorrangig politisch motivierten Absichten leiden;

4. Rückführungen und Abschiebungen von Menschen aus der EU in Drittländer zu unterlassen, die gegen Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit verstoßen, einschließlich des Prinzips des Non-Refoulements. Personen in Migrations- und Asylverfahren muss Zugang zu Schutz, Recht und entsprechendem Beistand gewährt werden;
5. zu gewährleisten, dass jegliche Instrumente zum Migrationsmanagement transparent sind und eine Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen beinhaltet, die aus migrationspolitischen Maßnahmen der EU resultieren;
6. sich zu einer Außenpolitik zu bekennen und umzusetzen, die auf die Verhütung und Beendigung von langwierigen Krisen gerichtet ist. Zwar nennt der Kommissionsvorschlag die Notwendigkeit, Fluchtursachen langfristig zu bekämpfen, enthält aber keine Maßnahmen, um Krisen vorzubeugen und zu beenden.

### **Unterzeichnende Organisationen**

1. ACT Alliance EU
2. ActionAid
3. aditus foundation
4. Afrique Culture Maroc
5. Agir Ensemble pour les Droits de l'Homme
6. Aid Services
7. Amnesty International
8. Amycos
9. Andalucía Acoge
10. Asamblea de Cooperacion Por la Paz ACPP
11. Asgi - Associazione per gli Studi Giuridici sull'Immigrazione
12. Asociacion por ti mujer
13. Asociacion Salud y Familia - Spain
14. Association for action against violence and trafficking in human beings-Open Gate La Strada Macedonia.
15. Association for the Social Support of Youth
16. Ayuda en Acción
17. British Refugee Council
18. CAFOD
19. Care International
20. CCOO de Andalucía
21. Centre for Youths Integrated Development.
22. Centro de Investigaciones en Derechos Humanos PRO IGUAL
23. ChildFund Alliance
24. Church of Sweden
25. Churches' Commission for Migrants in Europe
26. Citizens' association for combating trafficking in human beings and all forms of gender-based violence
27. CNCD-11.11.11
28. Comisión Española de Ayuda al Refugiado –CEAR-
29. Concern Worldwide
30. CONCORD Europe
31. CONCORD Sweden

32. Conseil des Béninois de France
33. Consortium of Migrants Assisting Organizations in the Czech Republic
34. Coordinadora Andaluza de ONGD
35. Coordinadora Cantabra de ONGD
36. Coordinadora de ONGD de la Región de Murcia
37. Coordinadora de ONGD del Principado de Asturias
38. Coordinadora de ONGD España
39. Coordinadora de ONGD Navarra
40. Coordinadora Extremeña de ONGD
41. Coordinadora Gallega de ONGD
42. Coordinadora ONGD de Castilla y León
43. Coordinadora Valenciana de ONGD
44. Cordaid
45. Detention Action
46. Detention Forum
47. Doctors of the World International network
48. EU-CORD Network
49. Eurochild
50. EuroMed Rights
51. European Association for the Defence of Human Rights
52. European Council on Refugees and Exiles
53. European Youth Forum
54. Federación Aragonesa de ONGD
55. Federación de Asociaciones de Derechos Humanos
56. Federation of Christian NGOs in Italy
57. FIACAT
58. FIDH
59. FIZ advocacy and support for migrant women and victims of trafficking
60. Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
61. Forum des Organisations de Solidarité Internationale issues des Migrations
62. Fundación 1º de Mayo de Comisiones Obreras
63. Fundación Alianza por los Derechos, la Igualdad y la Solidaridad Internacional –APS-
64. Greek Forum of Refugees
65. Habitat for Humanity International, Europe, Middle East and Africa
66. Handicap International
67. Human Rights Watch
68. Human Rights Without Frontiers
69. Instituto Sindical de Cooperación al Desarrollo –ISCOD-
70. InteRed
71. INTERSOS
72. Islamic Relief UK
73. Jesuit Refugee Service Europe.
74. Justice and Peace Netherlands
75. KISA-Action for Equality, Support, Antiracism
76. Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
77. La Strada International

78. Lafede.cat - Organitzacions per a la Justícia Global
79. Le Monde des Possibles
80. Macedonian Young Lawyers Association
81. Menedék - Hungarian Association for Migrants
82. Migrant Voice UK
83. Migrants' Rights Network
84. Movimiento contra la Intolerancia
85. Movimiento por la Paz –MPDL-
86. Nasc, the Irish Immigrant Support Centre
87. Norwegian Refugee Council
88. Oxfam
89. PAX
90. Pax Christi International
91. PICUM-Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants
92. Plan International EU office
93. Platform Minors in exile / Plate-forme Mineurs en exil / Platform Kinderen op de vlucht (Belgium)
94. Red Acoge
95. Réseau de Compétences Solidaires - Groupement d'Economie Sociale et Solidaire France - Europe - Afrique
96. Réseau Immigration Développement Démocratie - IDD
97. Save the Children
98. SOS Children's Villages International
99. SOS Racisme – Touche pas à mon pote
100. Stichting LOS
101. Swedish Refugee Advice Centre
102. Télécoms Sans Frontières
103. Terre des Hommes International Federation
104. The International Federation of Social Workers European Region
105. The International Rehabilitation Council for Torture victims
106. the Norwegian Centre Against Racism
107. Trócaire
108. World Vision Brussels and EU Representation
109. ZOA